



Pressemitteilung des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V.

Digitaler Gewalt wirksam begegnen – Fall Collien Fernandes zeigt dringenden politischen Handlungsbedarf.

Magdeburg, 25. März 2026

Digitale Gewalt gehört inzwischen zu den verbreitetsten Formen geschlechtsspezifischer Gewalt in Deutschland, bleibt jedoch politisch wie gesellschaftlich weiterhin unterschätzt. Besonders in (Ex-)Partnerschaften tritt sie selten isoliert auf, sondern begleitet psychische, körperliche, finanzielle und sexualisierte Gewalt. Frauenhäuser berichten seit Jahren, dass Täter selbst nach einer Flucht ins Schutzhaus über Ortungsdienste, verdeckte Zugriffe auf Geräte oder gemeinsame Cloud-Konten Kontrolle ausüben. Auch gefälschte Profile, Identitätsmissbrauch und intime Deepfakes prägen die Realität vieler Betroffener.

Die Dunkelfeldstudie „LeSuBiA“ zeigt deutlich, wie weit verbreitet digitale Gewalt ist. Weniger als zehn Prozent aller Gewalterfahrungen gelangen jedoch überhaupt zur Polizei, bei digitaler Gewalt sind es nur rund 2,4 Prozent. Das tatsächliche Ausmaß bleibt damit weitgehend unsichtbar und verdeutlicht, dass ein umfassendes Schutzsystem, das betroffene Frauen nicht allein lässt, unabdingbar ist.

Der Fall der Schauspielerin Collien Fernandes hat das Thema erneut in den öffentlichen Fokus gerückt. Sexualisierte Deepfakes, Identitätsdiebstahl und die Verbreitung manipulierter Inhalte zeigen exemplarisch, wie gravierend digitale Gewalt Betroffene trifft. Beratungsstellen – darunter HateAid und Frauenberatungsstellen in Sachsen-Anhalt – verzeichnen seit Jahren steigende Fallzahlen und berichten, dass sich digitale Gewalt vielfach in alltäglicher Partnerschaftsgewalt spiegelt. Digitale Gewalt ist kein Randproblem, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit und gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Täter sind keine anonymen „Monster“, sondern häufig Männer aus dem unmittelbaren Umfeld der Betroffenen.

Bundesjustizministerin Stefanie Hubig hat angekündigt, ein Gesetz vorzulegen, das Strafbarkeitslücken schließt und erstmals auch das Erstellen sexualisierter Deepfakes unter Strafe stellt. Aus Sicht des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt muss ein solches Gesetz jedoch weiter gehen. Annett Kannenberg-Bode fordert deshalb: „Digitale (Ex-)Partnerschaftsgewalt muss explizit berücksichtigt, Plattformen stärker verpflichtet und Betroffenen wirksame Schutz- und Löschmöglichkeiten garantiert werden. Ebenso braucht es Ermittlungsbehörden, die technisch und personell in der Lage sind, digitale Gewalt konsequent zu verfolgen. Gesetzliche Verschärfungen allein reichen nicht aus – es braucht darüber hinaus feste Stellenanteile für digitale Gewaltschutzberatung in Frauenhäusern, spezialisierte Fachstellen und eine systematische Zusammenarbeit mit IT-Expertinnen, Polizei und Justiz.“

Wer digitale Gewalt wirksam bekämpfen will, muss zudem patriarchale Machtverhältnisse, männliche Dominanzkulturen und die Normalisierung digitaler Grenzüberschreitungen in den Blick nehmen. Auch international steht Deutschland unter Reformdruck. Länder wie Irland



und Spanien zeigen mit spezialisierten Strukturen, schnellen Verfahren und klaren Zuständigkeiten, wie ein effektiver Schutz aussehen kann.

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt fordert daher ein wirksames Gesetz gegen digitale Gewalt und den Ausbau von Beratungs- und Hilfsstrukturen auf allen Ebenen. Digitale Gewalt bedroht die körperliche Selbstbestimmung, die digitale Präsenz und die demokratische Teilhabe von Frauen und Mädchen. Sie zu bekämpfen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – jetzt braucht es entschlossenes Handeln.

In Sachsen-Anhalt wurden mit dem Modellprojekt „Ein Team gegen digitale Gewalt“ bereits erste wichtige Schritte gegangen, um Fachkräfte im Erkennen und Umgang mit digitaler Überwachung und Cyberstalking zu schulen. Auch die beim Landesfrauenrat angesiedelte Referentinnen-Stelle stärkt Sensibilisierung und Strukturaufbau. Dennoch fehlt im Land weiterhin eine spezialisierte Anlaufstelle für Betroffene digitaler (Ex-)Partnerschaftsgewalt. Der Landesfrauenrat setzt sich daher für eine technische Anlaufstelle und ein gut ausgestattetes, betroffenenorientiertes Hilfesystem ein, das Prävention und Sensibilisierung konsequent mitdenkt.

Kontakt:

Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.

Geschäftsführerin: Friederike Ewald

Tel.: 0391-60772665

Fax: 0391-61083534